

Beschlüsse

zur Drucksachenummer

00861/2011

Finanzierung der Straßenbaumaßnahme Marienplatz

Beschlüsse:

24.10.2011	Stadtvertretung
023/StV/2011	23. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Bemerkungen:

1. Änderungsantrag SPD-BÜNDNIS-90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Der Beschlussvorschlag wird um folgende Sätze ergänzt:

„Eine weitere Befassung der Stadtvertretung ist erforderlich, wenn es sich zeigt, dass die Investitionssumme von 4,5 Mio. € nicht eingehalten werden kann.“

Entsprechend § 10 der kommunalen Satzung zur Erhebung von Ausbaubeiträgen sind mit dem Beginn der Maßnahme gegenüber den Beitragspflichtigen Vorausleistungen auf die künftige Beitragsschuld zu erheben.“

2.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende geänderte Beschlussfassung:

Die Stadtvertretung beschließt die Erhöhung des Finanzbedarfs für die Straßenbaumaßnahme Marienplatz in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 sowie eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung im Haushalt des Jahres 2011 für die Jahre 2012 und 2013 in Höhe von 2.400.000 EUR in der Haushaltsstelle 61500.94024.

Eine weitere Befassung der Stadtvertretung ist erforderlich, wenn es sich zeigt, dass die Investitionssumme von 4,5 Mio. € nicht eingehalten werden kann.

Zu Satz 2 des Änderungsantrages der SPD-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion hat der Hauptausschuss keine Beschlussempfehlung abgegeben.

3. Protokollnotiz

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Bauen und Ordnung Herr Dr. Wolfram Friedersdorff erläutert unter Bezug auf Satz 2 des Änderungsantrages der SPD-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion, dass sich die Verwaltung mit den Anliegern des Marienplatzes wegen

Vorauszahlungen der Ausbaubeiträge verständigen wird, um Widerspruchsverfahren im Zuge von Bescheiderteilungen zu vermeiden.

Die Antragstellerin ist mit dem Verfahren einverstanden und erklärt den Satz 2 des Änderungsantrages für erledigt.

4.

Der Stadtpräsident stellt die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses zur Abstimmung. Die Mitglieder der Stadtvertretung erheben keinen Widerspruch.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt die Erhöhung des Finanzbedarfs für die Straßenbaumaßnahme Marienplatz in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 sowie eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung im Haushalt des Jahres 2011 für die Jahre 2012 und 2013 in Höhe von 2.400.000 EUR in der Haushaltsstelle 61500.94024.

Eine weitere Befassung der Stadtvertretung ist erforderlich, wenn es sich zeigt, dass die Investitionssumme von 4,5 Mio. € nicht eingehalten werden kann.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei fünf Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen beschlossen